

Luxemburg

Mario Hirsch

Europapolitik erfreut sich in Luxemburg traditionell eines parteiübergreifenden Konsenses. Sie gibt in anderen Worten nur wenig Anlass zu Kontroversen. Dieser Befund trifft auch auf die europapolitischen Debatten im Jahr 2003 zu. Allerdings sah sich das kleine Land zu einer Standortbestimmung gezwungen und musste Farbe bekennen, wegen des tiefen Zerwürfnisses unter den EU-Ländern angesichts der Irakkrise und der institutionellen Gestaltung Europas im Rahmen des Konvents und der Regierungskonferenz über den Verfassungsvertrag während der zweiten Jahreshälfte.

Außenpolitischer Kurswechsel

Flage zeigen gehört nicht unbedingt zu den Stärken der luxemburgischen Außen- und Europapolitik. Für gewöhnlich schließt man sich an die Mehrheitsmeinung an und verlässt sich im Zweifelsfall auf die gut eingespielte Konzertierung sowie Positionsabstimmung mit den beiden Beneluxpartnern. Diese herkömmlichen Strickmuster der großherzoglichen Diplomatie funktionierten einwandfrei bei den Auseinandersetzungen über die künftige institutionelle Gestaltung Europas, nicht aber, was die Irakkrise anbelangte. Zum größten Bedauern Luxemburgs wurde die Benelux-Solidarität ein Opfer der Spannungen im Vorfeld des zweiten Irakkrieges. So hatten die Niederlande sehr früh festgestellt, dass es gravierende Meinungsverschiedenheiten mit ihren belgischen und luxemburgischen Partnern in dieser Frage gab und alles auf die amerikanische Karte gesetzt. Unter dem Druck ihrer öffentlichen Meinungen haben die belgische und die luxemburgische Regierung, letztere nach anfänglichem Zögern, sich der Verweigerungsfront gegenüber einer militärischen Lösung des Konflikts angeschlossen. Die rechtsliberale Koalitionsregierung (Christlich-soziale Volkspartei CSV und liberale Partei DP), seit 1999 an der Macht, versuchte am Anfang, ohne eindeutige Parteinahme über die Runden zu kommen und den amerikanischen Verbündeten nicht zu provozieren. Unter dem Druck der sozialdemokratischen Opposition LSAP sah sie sich allerdings genötigt, sehr schnell Anschluss zu finden an den von Belgien, Frankreich und Deutschland vertretenen Kurs, bis zuletzt einer diplomatischen Lösung der Krise im UN-Rahmen den Vorzug zu geben. In einer Parlamentsdebatte am 11. Februar 2003 bekräftigten Regierungschef Jean-Claude Juncker und Außenministerin Lydie Polfer, dass die Diplomatie noch längst nicht ihre Mittel erschöpft habe, der Krieg folglich nicht unvermeidlich sei. Gleichzeitig bedauerten sie, dass eine gemeinsame europäische Position nicht zustande kam. Beim Beginn der militärischen Aktionen gegen den Irak brachte die großherzogliche Regierung ihre Enttäuschung über das Scheitern einer diplomatischen Lösung im multilateralen Rahmen zum Ausdruck, was nicht zuletzt auch auf ein Versagen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik zurückzuführen sei. Nach dem EU-Gipfeltreffen vom 20.-21. März 2003 gab Premierminister Juncker bekannt, dass Luxemburg an dem für Ende April von Belgien einberufenen Verteidigungsgipfel teilnehmen würde, der die europäische Verteidigungsidentität bekräftigen und vorantreiben sollte. An dem Treffen, das am 29. April stattfand, beteiligten sich lediglich Belgien, Deutschland, Frankreich und Luxemburg. Juncker unterstrich bei dieser Gelegenheit, dass er nicht nach Brüssel gekommen sei, um eine europäische

Verteidigungsgemeinschaft durch Luxemburgs militärisches Gewicht zu verstärken, sondern um zu verhindern, dass eine große europäische Initiative ohne die Beteiligung Luxemburgs, einem Gründungsmitglied der Gemeinschaft, zustande komme.

Institutionelle Initiativen

Das Luxemburger Treffen war eine logische Folge des Benelux-Memorandums vom Dezember 2002 über die institutionelle Zukunft Europas. In diesem Text war der Aufruf an alle Mitgliedstaaten, die seine Auffassungen teilen, enthalten, gemeinsame Sache mit den Beneluxländern zu machen. Das Luxemburger Treffen diente der Vorbereitung des Meinungsaustauschs zwischen Konventspräsident Giscard d'Estaing und den Mitgliedern des Europäischen Rats in Athen vom 16. April 2003. Um die von den Beneluxländern angeführte Koalition zu stärken, formulierten die Teilnehmer der Luxemburger Tagung eine Einladung an die neuen Mitgliedsländer und an die Kandidatenländer, sich der Initiative anzuschließen. Für Initiator Juncker war dies die letzte Gelegenheit, „dem Risiko eines intergouvernementalen Abdriftens den Weg zu versperren und die Weichen für eine verstärkte Gemeinschaftsmethode zu stellen.“ Die Teilnehmer wiederholten auch die bereits im Benelux-Memorandum enthaltene Ablehnung neuer Institutionen wie etwa einen Europäischen Kongress, bestehend aus nationalen und europäischen Abgeordneten oder aber ein permanenter Ratsvorsitzender. Die sieben in Luxemburg vertretenen Regierungen äußerten auch die für kleinere Länder verständliche Sorge, ihre bisherigen Einflussmöglichkeiten auf die Gestaltung der europäischen Politik mehr oder weniger über die Runden zu retten, sowohl was die Stimmengewichtung bei Mehrheitsentscheidungen als auch die Vertretung in den Institutionen anbelangt. Diese Prinzipien beherrschten die Debatte über das Verfassungsprojekt in Luxemburg. Im Konvent selbst erhielten die persönlichen Vertreter der Benelux-Regierungschefs, Gijs de Vries, Louis Michel und Jacques Santer die Anweisung, ihnen Gehör zu verschaffen, u.a. in einem Schreiben an Präsident Giscard d'Estaing vom 25. April 2003. Die luxemburgischen und die Benelux-Initiativen waren aber nur von mäßigem Erfolg gekrönt. Eine parlamentarische Orientierungsdebatte am 1. Juli 2003 über die Textvorschläge des Konvents brachte auf allen Bänken eine gewisse Enttäuschung zum Ausdruck. Im Juni 2003 hatte die großherzogliche Regierung den Beschluss gefasst, die Ratifizierung der künftigen Europäischen Verfassung über den Weg eines verbindlichen Referendums zu organisieren.

Schützenhilfe für Deutschland und Frankreich

Einen Kurswechsel vollzog Luxemburg auch in der Wirtschafts- und Währungspolitik durch eine Annäherung an die deutsch-französischen Standpunkte, besonders in der Bewertung der Verpflichtungen, die sich aus dem Stabilitäts- und Wachstumspakt ergeben. Die zweite Jahreshälfte 2003 war dominiert von der Frage, wie man mit den Defizitsündern Deutschland und Frankreich umgehen sollte. Juncker, der als einer der Väter des Pakts gilt und bisher zusammen mit seinen niederländischen und österreichischen Kollegen auf eine strikte Anwendung der Regeln bestand, ließ ab September erkennen, einer großzügigeren Auslegung zuzustimmen. Gleichzeitig übte er sich in seiner gewohnten Rolle als Vermittler. Wenn die wichtigsten Staaten des Euro-Raums wirtschaftlich vor sich hinkränkelten, dann müsse pragmatisch nach Wegen der Konjunkturbelebung gesucht werden. Langfristig führe kein Weg an Anpassungen des Pakts vorbei. Ein sehr stark exportabhängiges Land wie Luxemburg habe, so der Premier- und Finanzminister, ein ureigenes Interesse daran, dass die Konjunktur in seinen beiden wichtigsten Absatzmärkten wieder auf Trab kommt.